

UNTERSUCHUNGEN ÜBER DAS
SPAR-, GIRO- UND KREDITWESEN

Herausgegeben von Fritz Voigt

Band 29

Analytischer Vergleich zwischen
Verrechnungsscheck und Überweisung
vom Standpunkt der Kreditinstitute

Eine betriebswirtschaftliche Studie

Von

Dr. Uwe Trurnit



DUNCKER & HUMBLOT / BERLIN

UWE TRURNIT

**Analytischer Vergleich zwischen Verrechnungsscheck
und Überweisung vom Standpunkt der Kreditinstitute**

Untersuchungen über das Spar-, Giro- und Kreditwesen

**Schriften des Instituts für das Spar-, Giro- und Kreditwesen
an der Universität Bonn**

Herausgegeben von Prof. Dr. Dr. Fritz Voigt

Band 29

Analytischer Vergleich zwischen Verrechnungsscheck und Überweisung vom Standpunkt der Kreditinstitute

Eine betriebswirtschaftliche Studie

Von

Dr. Uwe Trurnit



DUNCKER & HUMBLOT / BERLIN

Alle Rechte vorbehalten
© 1966 Duncker & Humblot, Berlin 41
Gedruckt 1966 bei Alb. Sayffaerth, Berlin 61
Printed in Germany

Geleitwort

Arbeitstäglich werden im Kreditgewerbe mehrere Millionen Schecks und Überweisungen zwischen Banken verrechnet, Kundenkonten gutgeschrieben und belastet. Schon relativ früh setzten vergleichende Gegenüberstellungen der Vor- und Nachteile von Scheck und Überweisung ein — erinnert sei an die Arbeiten von Fritz Schmidt, Otto Schoele und Konrad Mellerowicz in den zwanziger und dreißiger Jahren. Nach dem Kriege wurde das Problem erneut diskutiert — diesmal vornehmlich in Aufsätzen. Die Ergebnisse sind — schon wegen der verschiedenen Standpunkte und der bisher mehr allgemeinen Betrachtungsweise — nicht einheitlich. Für die Bankkunden als „Verbraucher“ von Zahlungsverkehrs-Dienstleistungen sind die Einlösung von Schecks bzw. die Ausführung von Überweisungen jeweils artgleiche Leistungen. Beim Kreditinstitut ergeben sich dagegen erhebliche Unterschiede, je nachdem ob der Scheck oder die Überweisung im Haus-, Platz- oder Fernverkehr, im Normal- oder Eilverkehr zu bearbeiten ist.

Die Problematik wurde von den Autoren, die sich mit diesen Fragen bislang beschäftigt haben, nicht verkannt; es hat sich aber früher niemand entschließen können, in mühevoller Kleinarbeit die unterschiedlichen Arbeitsvorgänge zu untersuchen — von der Durchdringung der finanzwirtschaftlichen Sphäre einmal ganz zu schweigen.

Ich bin Dr. Trurnit zu ganz besonderem Dank verpflichtet, daß er sich bereitgefunden hat, auf meine Anregung hin sich dieses Problemkreises anzunehmen. Wir waren uns bei der Aufgabenstellung darüber im klaren, daß die Berücksichtigung aller am Zahlungsvergang Beteiligten den Rahmen einer Dissertation bei weitem berschreiten würde, weswegen sich der Verfasser von vornherein auf die Betrachtung aus der Sicht der Kreditinstitute beschränken mußte. Es hat sich dann im Laufe der Untersuchung die Notwendigkeit ergeben, die Behandlung auf den leistungswirtschaftlichen Sektor einzuengen — die finanzwirtschaftliche Seite des Scheck- und berweisungsverkehrs wird zwar laufend erwähnt, bleibt aber in ihrer ganzen Problematik einer weiteren Untersuchung vorbehalten, für die sich bisher allerdings noch kein Bearbeiter finden ließ.

Die Studie von Uwe Trurnit kommt nicht zu dem Ergebnis, daß es für Banken vorteilhafter ist, dem Kunden lediglich Schecks bzw. ber-

weisungen als Instrumente des bargeldlosen Zahlungsverkehrs anzubieten. Sie zeigt aber die unterschiedliche Belastung im Arbeitsablauf der Bank auf — und vielleicht lassen sich die Schlüsse, die der Autor zieht, für eine Neugestaltung der Preispolitik im Zahlungsverkehr verwenden, die wir an anderer Stelle vor Jahren empfohlen haben.

Die vorliegende Untersuchung behandelt zwar nur den Verfahrensvergleich aus der Sicht der Kreditinstitute, sie enthält aber zugleich auch Anregungen für eine Behandlung des Problems aus der Sicht der Bankkunden. Vielleicht gelingt es dem vorliegenden Buch — einer von der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität zu Köln auf Antrag von Professor Dr. Rittershausen und mir angenommenen Dissertation —, Interesse an einer weiteren Bearbeitung des Komplexes Scheck/Überweisung zu wecken.

Neben dem Autor, der in den Jahren 1962 und 1963 die Studie angefertigt hat, gebührt Dank auch dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband e. V., insbesondere den Herren Dr. Josef Hoffmann und Dr. Helmut Kessler, die dem Autor mit Rat und Tat zur Seite standen.

Universität zu Köln

Professor Dr. Oswald Hahn

Inhaltsverzeichnis

Einige Vorbemerkungen	15
A. Zur historischen Streitfrage „Scheck-Überweisung“	15
B. Die unterschiedliche Einstellung der Kreditinstitute	18
C. Ziel der Untersuchung	22
Erster Abschnitt	
Allgemeine Begriffe und Abgrenzung der Untersuchung	
A. Der Begriff des Kreditinstituts im Rahmen dieser Untersuchung als „Depositen-Geschäftsbank“	25
I. Das Kreditinstitut als universeller Leistungsträger der Zahlungsmittelwirtschaft für andere Unternehmungen	26
1. Die „bankmäßigen Sektoren-Kernleistungen“	27
2. Die „Zahlungsmittelverwahrung“ der Kreditinstitute und ihre Tätigkeit als Träger von Zahlung und Inkasso sowie der aktiven und passiven Einlösung	28
II. Die Depositen-Geschäftsbank	28
B. Scheck und Überweisung als „Verfügmittel über Buchgeldforderungen“	32
I. Gegenüberstellung Scheck-Überweisung hinsichtlich der Verfügung	33
II. Die unmittelbare Verfügung mittels Überweisungsauftrag als kontenmäßige aktive Zahlung der Schuldnerbank und kontenmäßiges passives Inkasso der Gläubigerbank	34
III. Die mittelbare Verfügung über Buchgeldforderungen mittels Scheck als aktive und passive Einlösung	35
IV. Die unterschiedliche Verfügung des Kunden über seine Zahlungsguthaben als für Kreditinstitute grundlegendes Unterscheidungsmerkmal von Verrechnungsscheck und Überweisung	36
C. Erscheinungsformen der beiden Verfügungsinstrumente und ihre Vergleichbarkeit im Rahmen dieser Untersuchung	39
I. Entstehungsgründe für die unterschiedlichen Scheck- und Überweisungsarten	39
II. Die Arten des Verfügungsinstrumentes „Scheck“	41
1. Die Art der Scheckeinlösung durch das bezogene Kreditinstitut	41
2. Die Übertragbarkeit des Schecks auf andere Personen	41
3. Die Schuldnergirostelle = das bezogene Kreditinstitut	42

a) Die Ortszugehörigkeit der Schuldnergirostelle in bezug auf die Gläubigergirostelle	42
b) Die Netzzugehörigkeit der Schuldnergirostelle in bezug auf die Gläubigergirostelle	43
4. Die Beschleunigung des Einlösungsvorganges	43
5. Die Begrenzung der Schecksumme durch den Bezogenen	43
6. Die Garantieübernahme der Schuldnerbank für eine ordnungsgemäße Scheckeinlösung	44
III. Die Arten des Verfügungsinstrumentes „Überweisung“	44
1. Die Art der Einschaltung des Kreditinstitutes als Mittler von Zahlungen	45
2. Die Konzentration der Auftragserteilung in zeitlicher Sicht ..	45
3. Die Gläubigergirostelle = die begünstigte Girostelle des Auftrages	45
4. Die wahlweise Verbindlichkeit der Kontoangabe des Begünstigten	46
5. Die Beschleunigung des Zahlungsvorganges	47
6. Die Laufrichtung des „Trägers der Zahlung“ — ein Unterscheidungsmerkmal für Überweisungsformen?	48
IV. Die Vergleichbarkeit von Scheck und Überweisung aus der Sicht der Kreditinstitute	49
D. Das System der Einsatzfaktoren des bankmäßigen Kombinationsprozesses	52

Zweiter Abschnitt

Funktionalanalyse der bankbetrieblichen Leistungen „Ausführung von Überweisungen“ und „Einlösung von Verrechnungsschecks“ auf der Ebene der Leistungserstellung	58
A. Die wesentlichen Bestandteile der beiden bankbetrieblichen Leistungen in funktioneller Sicht	58
I. Die Funktionalbetrachtung als die in dieser Untersuchung angewandte Methode	58
1. Die betriebliche Grundfunktion und ihre Bestandteile	58
2. Die Anwendung der Funktionalanalyse in der Betriebswirtschaft	59
3. Die Funktionsbetrachtung als Grundlage einer leistungswirtschaftlichen Analyse des bankbetrieblichen Scheck- und Überweisungsvorganges	60
II. Die bankmäßige Grundleistung „Ausführung von Überweisungen“ und ihre wesentlichen Bestandteile in funktioneller Sicht	62
1. Die Kernfunktionen	63
2. Die Teilfunktionen	63
III. Die bankmäßige Grundleistung „Einlösung von Verrechnungsschecks“ und ihre wesentlichen Bestandteile in funktioneller Sicht	64
1. Die Kernfunktionen	64
2. Die Teilfunktionen	64
IV. Die Funktionsketten des Überweisungs- und Einlösungsvorganges	65

1. Das Beispiel der dreigliedrigen Funktionskette des Überweisungsvorganges	67
a) Das erstbeauftragte Kreditinstitut — die Girostelle des Überweisungsauftraggebers (G 1) — als erstes Glied der Kette	67
b) Das zwischengeschaltete zentrale Kreditinstitut — die Girostelle der erst- und letztbeauftragten Girostelle (GZ) — als zweites Glied der Kette	68
c) Das letztbeauftragte Kreditinstitut — die Girostelle des Überweisungsbegünstigten (G 2) — als drittes Glied der Kette	68
2. Das Beispiel der dreigliedrigen Funktionskette des Scheckeinlösungsvorganges	69
a) Das erstbeauftragte Kreditinstitut — die Girostelle des Scheckeinreichers — als erstes Glied des Scheckeinzugsvorganges	69
b) Das zwischengeschaltete Kreditinstitut — die Girostelle der erst- und letztbeauftragten Girostelle (GZ) — als zweites Glied des Scheckeinzugsvorganges	69
c) Das letztbeauftragte oder bezogene Kreditinstitut — die Girostelle des Scheckausstellers (G 2) — als drittes Glied des Scheckeinzugsvorganges	70
B. Gegenüberstellung und Vergleich der Scheck- und Überweisungs-Leitwege der einzelnen Gironetze	71
I. Systematisierung der einem Kreditinstitut eingereichten Verrechnungsschecks und Überweisungen nach Bezogenen- bzw. Begünstigten-Adresse (Endkontostelle des Zahlungsverkehrsvorganges)	71
II. Gegenüberstellung der Scheck- und Überweisungs-Leitwege innerhalb der einzelnen Gironetze	72
III. Das Ergebnis	76
IV. Anhang	84
C. Analyse der Arbeitsabläufe des Scheckeinlösungs- und Überweisungsvorganges bei einem Kreditinstitut als erst- und letztbeauftragte Girostelle (G 1) und (G 2) sowie bei einer zwischengeschalteten Zentralstelle (GZ)	86
I. Vorbemerkungen	86
1. Die zur Darstellung der Arbeitsabläufe angewandte Methode	86
2. Erläuterung der graphischen Darstellungsweise, der angewandten Symbole, Kennbuchstaben und Kennziffern	92
II. Analyse der Arbeitsabläufe bei einem Kreditinstitut als erstbeauftragte Girostelle (G 1)	98
1. Das Kreditinstitut des Scheckeinreichers — Arbeitsablauf S 1 —	98
a) Die verbale Darstellung des Einlösungsvorganges bei der G 1	98
b) Die schaubildliche Darstellung des Scheckeinlösungsvorganges bei der G 1 — Arbeitsablauf S 1 —	102
2. Das Kreditinstitut des Überweisungsauftraggebers — Arbeitsablauf Ü 1 —	103

a) Die verbale Darstellung des Überweisungsvorganges bei der G 1	103
b) Die schaubildliche Darstellung des Überweisungsvorganges bei der G 1 — Arbeitsablauf Ü 1 —	107
III. Analyse der Arbeitsabläufe bei einem Kreditinstitut als zwischen- geschaltete Claeringstelle (GZ)	108
1. Der Scheckeinlösungsvorgang — Arbeitsablauf S 2 —	108
a) Die verbale Darstellung des Einlösungsvorganges bei der GZ	108
b) Die schaubildliche Darstellung des Scheckeinlösungsvor- ganges bei der GZ — Arbeitsablauf S 2 —	111
2. Der Überweisungsvorgang — Arbeitsablauf Ü 2 —	111
a) Die verbale Darstellung des Überweisungsvorganges bei der GZ	111
b) Die schaubildliche Darstellung des Überweisungsvorganges bei der GZ — Arbeitsablauf Ü 2 —	115
IV. Analyse der Arbeitsabläufe bei einem Kreditinstitut als letzt- beauftragte Girostelle (G 2)	116
1. Das Kreditinstitut des Scheckausstellers — Arbeitsablauf S 3 —	116
a) Die verbale Darstellung des Scheckeinlösungsvorganges bei der GZ	116
b) Die schaubildliche Darstellung des Scheckeinlösungsvor- ganges bei der G 2 — Arbeitsablauf S 3 —	118
2. Das Kreditinstitut des Überweisungsbegünstigten — Arbeits- ablauf Ü 3 —	119
a) Die verbale Darstellung des Überweisungsvorganges bei der G 2	119
b) Die schaubildliche Darstellung des Überweisungsvorganges bei der G 2 — Arbeitsablauf Ü 3 —	123
V. Analyse der „atypischen“ Arbeitsabläufe	124
1. Der mangels Deckung notleidende Verrechnungsscheck beim letztbeauftragten Kreditinstitut (G 2) — Arbeitsablauf R (s) —	124
a) Die verbale Darstellung des Arbeitsablaufes	124
b) Die schaubildliche Darstellung des Arbeitsablaufes: „Der mangels Deckung notleidende Verrechnungsscheck beim letztbeauftragten Kreditinstitut (G 2)“ — Arbeitsablauf R (s) —	127
2. Der mangels Deckung notleidende Überweisungsauftrag beim erstbeauftragten Kreditinstitut (G 1) — Arbeitsablauf R(Ü) —	128
a) Die verbale Darstellung des Arbeitsablaufes	128
b) Die schaubildliche Darstellung des Arbeitsablaufes: „Der mangels Deckung notleidende Überweisungsauftrag beim erstbeauftragten Kreditinstitut (G 1)“ — Arbeitsablauf R (Ü) —	129
D. Die Aufzeichnung der unterschiedlichen Funktionen und Einsatz- faktoren in vergleichbaren Kostenstellen	130
I. Die Annahme von Scheckeinreichungen und von Überweisungs- aufträgen vom Kunden durch die G 1	131
1. Die „Auftragserteilung“ des Kunden durch die Post	131
2. Die „Auftragserteilung“ des Kunden über den Schalter	133

II. Die Kontrolle der Überweisungsauftragserteilung und der Scheckeinreichung	134
1. Die Kontrolle der formellen Ordnungsmäßigkeit	134
2. Die Kontrolle der materiellen Ordnungsmäßigkeit	136
III. Die Weiterleitung von Verrechnungsschecks und Gutschriftsträgern an ein anderes Kreditinstitut (GZ oder G 2)	137
1. Das Verteilen von Verrechnungsschecks und Gutschriftsträgern nach Leitwegen	138
2. Das Ausschreiben der Auslieferungsverzeichnisse für das empfangende Kreditinstitut (GZ oder G 2)	141
3. Die Aufgabe der Ausgangsverzeichnisse und der Träger zum Versand an das zwischengeschaltete bzw. letztbeauftragte Kreditinstitut	142
IV. Die Benachrichtigung des Kunden	144
V. Die Entgegennahme von Verrechnungsschecks und Gutschriftsträgern von einem anderen Kreditinstitut (GZ oder G 1)	145
VI. Die Gutschrift der Überweisung — die Einlösung des Schecks ..	146
1. Die Arbeiten des „Auszeichners“	146
2. Die Arbeiten des Disponenten	147
VII. Der ungedeckte Überweisungsauftrag — der ungedeckte Verrechnungsscheck	148
VIII. Die Verbuchung der Scheck- und Überweisungsvorfälle und die Möglichkeiten ihrer Verdichtung	158
IX. Abschließende Betrachtung	166
E. <i>Der Einsatzfaktor „Vordrucke“</i>	168
I. Begriff und Abgrenzung	168
II. Art und Zahl der Scheck- und Überweisungsvordrucke	170
III. Die unterschiedlichen Selbstkosten der Kreditinstitute für Scheck- und Überweisungsvordrucke	174
IV. Unterschiede in der Kostendeckung	180

Dritter Abschnitt

Kostenvergleich der bankbetrieblichen Dienstleistungen „Einlösung von Verrechnungsschecks“ — „Ausführung von Überweisungen“ in leistungswirtschaftlicher Sicht	183
A. <i>Das Untersuchungsfeld</i>	184
I. Zum gewählten Beispiel eines Kreditinstituts als G 1 und G 2	185
II. Zum gewählten Beispiel eines Kreditinstituts als GZ	187
B. <i>Die angewandte Methode, vergleichbare Stückzeiten und Stückkosten je Leistungseinheit zu ermitteln</i>	188
I. Die Kalkulationsmethode	188
II. Die Erfassung des mengenmäßigen Verbrauchs an Einsatzfaktoren	193
III. Die Bewertung des Faktoreinsatzes	196
Exkurs: Zur Umrechnung der Kostenwerte in DM-Beträge	201

IV. Bestimmung und Erfassung der Leistungen je Kostenstelle ..	202
1. Die Stückerinheit als Berechnungseinheit	202
2. Die Erfassung der Leistungseinheit pro Kostenstelle	202
V. Die Durchführung der Divisionskalkulation nach Kostenstellen (Kostenplatzrechnung) — erklärt an einem Beispiel	203
C. Die Durchführung der Vergleichsrechnung für die einzelnen Teil- leistungen — die Bearbeitungszeiten und -kosten je Leistungseinheit und Kostenstelle	206
I. Der Scheckeinlösungsvorgang	208
1. beim Kreditinstitut des Scheckeinreichers (G 1)	208
2. beim zwischengeschalteten Zentralkreditinstitut (G 2)	210
3. beim Kreditinstitut des Scheckausstellers (G 2)	213
4. Hausschecks	213
II. Der Überweisungsvorgang	214
1. beim Kreditinstitut des Überweisungsauftraggebers (G 1) ...	214
2. beim zwischengeschalteten Zentralkreditinstitut (GZ)	219
3. beim Kreditinstitut des Überweisungsbegünstigten (G 2) ...	222
4. Hausüberweisungen	225

Vierter Abschnitt

Zusammenfassung der Ergebnisse 226

A. Ergebnisse des Kostenvergleichs in tabellarischer Form	227
I. Bearbeitungszeiten und Stückkostenwerte für Scheck und Über- weisung — nach Teilfunktionen bzw. je Kostenstelle	228
II. Stückzeiten und Stückkostenwerte eines Kreditinstituts als G 1 bzw. GZ bzw. G 2 für die Bearbeitung von Schecks und Über- weisungen unter Berücksichtigung der verschiedenen Leitwege der Gironetze	229
III. Gegenüberstellung der Kostenwerte vergleichbarer Scheck- und Überweisungsvorgänge	231
IV. Gegenüberstellung von Kostenwerten vergleichbarer Überwei- sungsvorgänge	231
V. Gegenüberstellung der Gesamtkosten eines Schecks bzw. einer Überweisung unter Berücksichtigung der verschiedenen Leitwege der Gironetze	233
VI. Kosten der beteiligten Kreditinstitute bei Einschaltung der ver- schiedenen Leitwege	234
VII. Gegenüberstellung der Kosten einer Arbeitsminute je Kosten- stelle	235
B. Vergleich von Ergebnissen des vorliegenden Kostenvergleichs mit denen anderer Untersuchungen	237
C. Schlußbetrachtung	241
Literaturverzeichnis	245
Namenverzeichnis	252
Sachwortverzeichnis	254

Abkürzungsverzeichnis

AGB	= Allgemeine Geschäftsbedingungen
Bank-Betrieb	= Bank-Betrieb, Betriebswirtschaftliche Informationen für die privaten Banken, Köln
BAT	= Bundes-Angestellten-Tarifvertrag
B.Bl	= Betriebswirtschaftliche Blätter für die Praxis der Sparkassen und Girozentralen, Bonn
BFuP	= Betriebswirtschaftliche Forschung und Praxis, Herne i. W.
BewG	= Bewertungsgesetz
Dipl.Arb.Köln	= Kölner Diplom-Arbeit, Seminar Professor Dr. Heinrich Rittershausen
DSGV	= Deutscher Sparkassen- und Giroverband e. V., Bonn
DSpZ	= Deutsche Sparkassenzeitung, Bonn
Enzyklopädie	= Enzyklopädisches Lexikon für das Geld-, Bank- und Börsenwesen, zugleich zweite Auflage vom Handwörterbuch des Bankwesens von M. Palyi und P. Quittner, Frankfurt 1958
ESTG	= Einkommensteuer-Gesetz
G 1	= erstbeauftragte Girostelle
G 2	= letztbeauftragte Girostelle
GenG	= Gesetz, betreffend die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften
GewStG	= Gewerbesteuer-Gesetz
GZ	= zwischengeschaltete (zentrale) Clearingstelle
HdB	= Handwörterbuch der Betriebswirtschaft, 8. Auflage, Stuttgart 1956 ff.
HdSt	= Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 4. Auflage, Jena 1923 ff.
HdSW	= Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, zugleich Neuauflage des Handwörterbuch der Staatswissenschaften, Stuttgart-Tübingen-Göttingen 1956 ff.
HdW	= Handwörterbuch der Wirtschaftswissenschaften, Köln-Opladen 1958
KStG	= Körperschaftssteuer-Gesetz
KWG	= Gesetz über das Kreditwesen
OLG	= Oberlandesgericht
SchG	= Scheckgesetz
Schufa	= Schutzgemeinschaft für allgemeine Kreditsicherung e. V.
Volksbank-Betrieb	= Der Volksbank-Betrieb, Betriebswirtschaftliche Informationen, Bonn

WG	= Wechselgesetz
WP	= Die Wirtschaftsprüfung, Stuttgart
ZfB	= Zeitschrift für Betriebswirtschaft, Wiesbaden
ZfHwiss Forsch	= Zeitschrift für handelswissenschaftliche Forschung, Köln-Opladen
ZfgK	= Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen, Frankfurt/Main
ZfürO	= Zeitschrift für Organisation, Wiesbaden
ZuB	= Zahlungsverkehr und Bankbetrieb, Berlin

Einige Vorbemerkungen

An Versuchen, durch vergleichende Gegenüberstellungen der Vor- und Nachteile von Scheck und Überweisung dem einen oder anderen Verfügungsmittel den Vorzug zu geben, hat es bisher nicht gefehlt. Die Ergebnisse sind — schon wegen der verschiedenen Standpunkte im Kreditgewerbe — nicht einheitlich zu nennen.

A. Zur historischen Streitfrage „Scheck-Überweisung“

Eine Klärung in der Konkurrenzfrage Scheck und Überweisung in der Öffentlichkeit herbeizuführen, scheint für die Beteiligten von Zeit zu Zeit von unterschiedlicher Wichtigkeit und Dringlichkeit gewesen zu sein; denn in der öffentlichen Erörterung dieser Frage lassen sich gewissermaßen Höhepunkte feststellen. Wenn auch „in keinem anderen Lande der unbare Zahlungsverkehr so ausgiebig in Wort und Schrift behandelt worden ist“, so stellt u. E. Steuer¹ allzu resigniert fest, „entspricht der Erfolg nicht dem aufgewandten Eifer“. Mit „falscher Gründlichkeit“² sei versucht worden, die Probleme des Zahlungsverkehrs zu lösen. Dabei habe sich die Argumentation im wesentlichen auf den gegenseitigen Beweis vorgefaßter Meinungen und die Verteidigung bestehender Organisationsformen beschränkt. Die Argumente der Streitenden — so Mellerowicz — seien nicht auf die Zahlungsverkehrssphäre beschränkt, sondern auch mit anderen bank- und wettbewerbspolitischen Fragen verknüpft gewesen³, ein Tatbestand, der die Diskussion stets belastet hat. In gewissem Rahmen ist u. E. die Berücksichtigung bankpolitischer und finanzwirtschaftlicher Probleme in dieser Diskussion berechtigt, sogar erforderlich. Mit aller Entschiedenheit muß man sich jedoch dagegen wenden, daß in diese „historische“ Konkurrenzfrage eine allen Beteiligten schadende Polemik hineingetragen worden ist.

Nun ist aber in letzter Zeit — so möchten wir meinen — erfreulicherweise zu beobachten, daß die Beteiligten sich um eine Versach-

¹ Steuer, Paul, Die Zukunft des unbaren Zahlungsverkehrs in Deutschland, Stuttgart-Berlin 1937, S. 3.

² Ders., a.a.O., S. 5.

³ Mellerowicz, Konrad, Der Zahlungsverkehr in Deutschland, Wiesbaden 1952, S. 46.

lichung der Standpunkte bemühen, wenn auch die Ansätze bescheiden genannt werden müssen. Es besteht also die Hoffnung, daß die Diskussion wieder zu der Form zurückfindet, in der die erste öffentliche Erörterung der Streitfrage Scheck-Überweisung im Jahre 1907 auf dem III. Allgemeinen Deutschen Bankiertag zu Hamburg⁴ stattgefunden hatte, nämlich zu einem mehr akademischen Meinungsaustausch im Zusammenhang mit der damals gerade eingeleiteten Bankenenquête, bei der der unbare Zahlungsverkehr ein akutes Thema war.

Als am 1. Januar 1876 die Deutsche Reichsbank ihre Tätigkeit begann und die Hamburger Bank, die nach holländischen und italienischen Vorbildern schon seit 1619 als Girobank in Hamburg fungiert hatte, eine Filiale der Reichsbank wurde, führte die Reichsbank den Giroverkehr als unbare Zahlungsform ein. Jedoch hat der planmäßige Ausbau des Reichsbank-Giroverkehrs die Reichsbank nicht gehindert, in den Jahrzehnten vor dem ersten Weltkrieg den Scheckverkehr neben dem Überweisungsverkehr nach Kräften zu fördern, da vor allem der damalige Reichsbankpräsident, Dr. Koch, Scheck und Überweisung als zwei sich ergänzende Möglichkeiten der unbaren Verfügung über Zahlungsguthaben ansah.

Zu einem Disput zwischen den Kreditinstituten wurde der bargeldlose Zahlungsverkehr mit der Entwicklung der unbaren Zahlung bei den Sparkassen, die sich nach der Einführung des Depositenverkehrs in der Frage Scheck- oder Überweisungsverkehr auf Grund des Einflusses von Johann Christian Eberle für den „reinen“ Überweisungsverkehr entschieden hatten⁵. Wer die Entwicklungsbedingungen der Spar-„Kassen“ für ihren heutigen Typ als „Universalsparkasse“⁶ aufmerksam verfolgt, wird verstehen, daß dieses Ziel u. a. nur durch den „Schwur auf die Überweisung“ und durch die „Verdammung des

⁴ Verhandlungen des III. Allgemeinen Deutschen Bankiertages zu Hamburg am 5. und 6. 9. 1907: „Mittel und Wege, um die Bar-Zirkulationsmittel zu ersetzen.“

⁵ Eberle, Johann Christian, Die geldlose Zahlung und die Sparkassen, Leipzig 1911.

⁶ Wenn hier und im folgenden von „Universalsparkasse“ bzw. „Universalbank“ gesprochen wird, so wird nicht übersehen, daß die Sparkassen folgende risikoreichen, aber auch ertragsreichen Geschäfte satzungsgemäß nicht betreiben dürfen: Erwerb von Aktien, Kuxen und Investment-Zertifikaten. (Sparkassen dürfen nur mündelsichere Schuldverschreibungen auf den Inhaber oder mündelsichere Orderschuldverschreibungen erwerben.) — Erwerb von Devisen, Sorten, Goldmünzen und Edelmetallen, soweit es sich nicht um Wechselstubengeschäfte handelt. — Emissionsgeschäfte. — Beteiligungen an Industrie- und Handelsunternehmungen sowie Spekulationsgeschäfte im weitesten Sinne. — Geldhandelsgeschäfte. — Akzeptkredite. — Kreditgewährungen an Ausländer. — Zum Begriff der Universalbank im allgemeinen vgl. Enzyklopädie, S. 1540, Stichwort „Universalbank“.

Schecks⁷ erreicht werden konnte, da die Sparkassen als Geschäftsbanken „aus verständlichen Gründen alles Interesse daran haben mußten, einen möglichst großen Teil der umlaufenden Girogelder dauernd im eigenen Netz zu behalten“⁸. Bei den übrigen bereits bestehenden Kreditinstituten waren die begründeten Interessen und die geschäftlichen Verhältnisse andere. Der Giroverkehr der Sparkassen schützte die angeschlossenen Netzstellen nicht nur gegen Liquiditätsabflüsse, sondern stärkte und bereicherte auch ihre Depositen und Liquidität, u. a. trug er erheblich dazu bei, daß die einstigen *Sparkassen* durch den Giroverkehr als eine Stütze ihrer Organisation heute ein kräftiges Rückgrat haben, das ihnen jederzeit erlauben würde, gegebenenfalls mehr für den Scheck einzutreten. Außerdem haben sich die Sparbanken von einst mit Hilfe des Spargiroverkehrs zu Universalbanken von einer für die traditionellen Kreditbanken unbequemen Dynamik entwickeln können. So ist dieser Hader seit jenen Tagen des Jahres 1909, als die Sparkassen die passive Scheckfähigkeit erhielten, nicht beigelegt worden. Vielmehr flackerte er zu den verschiedensten Zeiten durch äußere Gegebenheiten besonders heftig und für jedermann sichtbar auf. Zeugnis davon geben vor allem die zahlreichen Aufsätze und Äußerungen in der von der Reichsbank 1919 ins Leben gerufenen Zeitschrift für den Zahlungsverkehr „Der unbare Zahlungsverkehr“, die sich ab 1927 (bis 1942) „Zahlungsverkehr und Bankbetrieb“ nannte. Der Herausgeber dieser Zeitschrift, Otto Schoele, hatte „rechtzeitig erkannt, daß die Entwicklung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs von der Behandlung der technischen Fragen entscheidend abhängt, daß hier überhaupt in erster Linie ein betriebswirtschaftliches Arbeitsfeld vorliegt, das bearbeitet werden muß“⁹. Aber auch ihm gelang bei allem guten Willen nicht jene wünschenswerte und notwendige Versachlichung der Argumente und Objektivierung der Tatbestände.

Im Zusammenhang mit der Bankenenquête von 1933 prallten die Meinungen und Ansichten der verschiedenen Interessentengruppen wieder besonders heftig aufeinander¹⁰, ebenfalls kurz nach der Wäh-

⁷ *Steuer*, Paul, a.a.O., S. 14.

⁸ *Golz*, Dietrich, Das Liquiditätsproblem bei den Girozentralen, Berlin 1956, S. 23; vgl. ebenfalls dazu: *Will*, Helmuth, Die Deutschen Sparkassen, Stuttgart-Berlin 1942, S. 108 f.

⁹ *Rittershausen*, Heinrich, Die Bankenquoten von 1908 und 1933 und die Entwicklung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs, in: *ZuB* 1933, S. 240.

¹⁰ *Rummel*, Hans, Der Zahlungsverkehr der deutschen Banken, der Zusammenhang seiner Kosten mit den täglich fälligen Geldern und die Möglichkeiten zu seiner Vereinfachung und Verbilligung, in: *Untersuchungen des Bankwesens* 1933, I. Teil, Bd. 1, S. 449—474; *Deutscher Sparkassen- und Giroverband*, Stückaufwandsrechnung im Zahlungsverkehr — eine Stellungnahme des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes, in: *ZuB* 1934,